

"Vom Reservefonds zur Zentralbank" in La Libre Belgique (26. Oktober 2002)

Legende: Die Vorhaben zur Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds, unter anderem von Robert Triffin, der von 1969 bis 1974 Mitarbeiter des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten für Europa war, werden in den achtziger Jahren schließlich zugunsten einer Europäischen Zentralbank aufgegeben.

Quelle: La Libre Belgique. 26.10.2002. Bruxelles: Edition de la Libre Belgique S.A. "Du Fonds de réserve à la Banque centrale", auteur:Maes, Ivo , p. E 6.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/vom_reservefonds_zur_zentralbank_in_la_libre_belgique_26_oktober_2002-de-b27ef540-6414-450f-ab09-2b445a14be04.html



Publication date: 05/07/2016

Vom Reservefonds zur Zentralbank

Vorhaben, die den Interessen der großen Nationen widersprechen, haben keine Erfolgsaussichten. Die kleinen Länder und die Aktionskomitees können allerdings einen beträchtlichen Einfluss ausüben. Das beweist der Belgier Robert Triffin

VON IVO MAES

Robert Triffin ist einer der bekanntesten belgischen Wirtschaftswissenschaftler der Nachkriegszeit. Er war nicht nur ein bedeutender Wissenschaftler als Professor in Yale, einer der ruhmreichsten amerikanischen Universitäten, sondern er war auch ganz vorne an den konkreten Entwurfsarbeiten zur europäischen Währungsintegration beteiligt. Als Berater von Robert Marjolin bei der Europäischen Kommission war er zudem Sachverständiger in Währungsfragen im von Jean Monnet gegründeten Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa.

Eine jüngst vom Institut für Europastudien der Katholischen Universität Löwen organisierte Konferenz (Brüssel, Abgeordnetenkammer, 16.-18. Oktober 2002) über „*Die Wirtschaftsnetze in den europäischen Konstruktionsprozessen*“, deren Akten im Peter-Lang-Verlag veröffentlicht werden, hat einen Tag dem Thema „*Robert Triffin und die Währungskreise*“ gewidmet.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre, als sich die Europäische Zahlungsunion ihrem Ende zuneigt und die Europäischen Wirtschaftsgemeinschaften entstehen, beginnt Robert Triffin mit Entwürfen zur Einrichtung eines europäischen Reservefonds. Ein solcher Fonds könnte durch die Zusammenlegung von 10 % der Währungsreserven der nationalen Zentralbanken der Gemeinschaft zustande kommen. Er würde die einfachere Organisation einer finanziellen Solidarität auf europäischer Ebene ermöglichen und außerdem als mögliches Instrument für eine verbesserte Koordination der Wirtschaftspolitiken innerhalb der Gemeinschaft dienen. Die Schaffung eines Reservefonds sollte in den 60er Jahren ein wichtiges Thema des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa von Jean Monnet werden, wurde aber nicht in das offizielle Programm der Gemeinschaft aufgenommen.

Mit Willy Brandt als Bundeskanzler wird die Haltung Deutschlands gegenüber einer Wirtschafts- und Währungsunion positiver. Willy Brandt ist Mitglied des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa von Jean Monnet, den er für die Vorbereitung des Gipfels von Den Haag im Dezember 1969 zu Rate zieht. Jean Monnet beauftragt Robert Triffin, der einen Vorschlag für einen europäischen Reservefonds vorbereitet. Der Haager Gipfel endet mit dem Beschluss, dass „... *im Rat ... im Laufe des Jahres 1970 ein Stufenplan für die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion ausgearbeitet wird*“. Das Kommuniqué besagt, dass die Staatschefs übereingekommen sind, „*die Möglichkeit der Errichtung eines europäischen Reservefonds prüfen zu lassen, zu dem eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik hinführen müsste*“.

Das Konzept eines europäischen Reservefonds wird in dem im März 1970 gegründeten Werner-Ausschusses überarbeitet. In diesem Ausschuss werden die in der Entwicklung zur WWU zu wählenden Prioritäten heiß diskutiert. Es kommt zu einer klassischen Aufteilung der Debatte zwischen „Monetaristen“ und „Ökonomen“. Die von Deutschland angeführten „Ökonomen“ stellen die Koordination der Politiken in den Vordergrund, während die „Monetaristen“, unter anderem Frankreich, für eine engere Bandbreite für die Wechselkurse plädieren. Der Bericht spricht von einem zu gründenden „europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit“ mit eng gesteckten Aufgaben und unter Kontrolle der Gouverneure der Zentralbanken.

Unmittelbar nach seiner Veröffentlichung wird der Werner-Bericht in Frankreich von den orthodoxen Gaullisten scharf kritisiert. Ihre Kritik konzentriert sich besonders auf die supranationalen Elemente des Berichts. Er führt zu einem politischen Kurswechsel der französischen Regierung, was die Vorschläge abschwächt. Die Ölkrise und die auseinanderlaufenden wirtschaftspolitischen Reaktionen haben einen (vorläufigen) Misserfolg des Vorhabens zur Folge.

Der neue Anlauf zur europäischen Währungsintegration mit dem EWS ist in erster Linie ein vermehrt pragmatischer Lösungsansatz. Das EWS ist – laut den Schlussfolgerungen des Bremer Gipfels im Juli 1978 – ein Vorhaben, *„für eine engere währungspolitische Zusammenarbeit ..., die zu einer stabilen Währungszone in Europa führt“*.

Die Aufgabe, die ein „Europäischer Währungsfonds“ übernehmen kann, wird erneut Gegenstand reger Diskussionen, an denen Robert Triffin teilnimmt.

Die Anlage der Schlussfolgerungen enthält allerdings nur einen recht vagen Satz: *„Spätestens zwei Jahre nach Einführung des Systems werden die bestehenden Vereinbarungen und Einrichtungen in einem Europäischen Währungsfonds (EWF) konsolidiert.“*

Die ersten Jahre des Europäischen Währungssystems gestalten sich schwierig und sind von mehreren Anpassungen, fehlender Konvergenz der Wirtschaftsergebnisse und einer mangelnden Koordinierung der Wirtschaftspolitiken gekennzeichnet. Außerdem stößt das Vorhaben eines europäischen Währungsfonds sowohl in Deutschland als auch in Frankreich auf juristische und politische Schwierigkeiten. Ein Transfer der Devisenreserven erfordert eine Änderung des Grundgesetzes in Bezug auf die Bundesbank und rührt an der Unabhängigkeit der Institutionen, was in Deutschland politische Probleme bereitet.

Gleichzeitig zögern die Gaullisten in Frankreich im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1981 vor einer Abänderung der Verträge und einem Souveränitätstransfers an einen Europäischen Währungsfonds. Somit wird der Plan eines Währungsfonds Anfang der achtziger Jahre hinten angestellt.

Gegen Mitte der Achtziger beginnt sich die Haltung Frankreichs im Hinblick auf die europäische Integration Schritt für Schritt zu ändern. Nach dem Scheitern seiner ursprünglichen sozialistischen Politik macht François Mitterrand die europäische Integration zum Hauptthema seiner Präsidentschaft. Außerdem sind in Frankreich die politischen Entscheidungsträger vor dem Hintergrund der deutschen Vormachtstellung im EWS immer mehr davon überzeugt, dass die WWU für Frankreich der einzige Weg ist, in der Währungspolitik mitentscheiden zu können. Nach der erfolgreichen Einführung des Binnenmarktes und der Memoranden von Balladur bzw. Genscher steht die WWU erneut auf der europäischen Tagesordnung. Im Juni 1988 wird auf dem Gipfel von Hannover der Delors-Ausschuss gegründet.

Der Delors-Ausschuss entscheidet sich für einen „fundamentalistischen Ansatz“. Er definiert die Währungsunion im Sinne eines „nationalen“ Währungssystems mit einer unabhängigen Zentralbank als Hüterin der Preisstabilität. Mit dieser Entscheidung macht die Logik der internationalen Abkommen der Logik der Währungsverfassungen Platz. Sie setzt die Akzeptanz des Unteilbarkeitsprinzips der Währungspolitik voraus, das heißt, dass die Entscheidungen in der Währungspolitik nicht von mehreren unterschiedlichen Behörden getroffen werden können.

Allerdings führt der Vorschlag Jacques de Larosières zur Gründung eines europäischen Reservefonds auch im Delors-Ausschuss zu einem Meinungsstreit. Es ist ein Thema, über das keine Einigkeit herrschen kann, weil es der deutschen Philosophie von der Unteilbarkeit der Währungspolitik widerspricht.

Welche Lehren kann man daraus in Bezug auf die bestimmenden Einflüsse in Fragen der europäischen Währungspolitik ziehen? Eine dieser Lehren ist, dass die Vorschläge, die den von den großen Nationen als lebensnotwendig erachteten Interessen diametral entgegengesetzt sind, kaum Aussicht auf Erfolg haben. Allerdings können die kleinen Länder und die Aktionsausschüsse einen erheblichen Einfluss ausüben, insbesondere wenn sie es schaffen, sich in den intellektuellen Diskussionen Gehör zu verschaffen.